



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (Vom 27. März bis 2. April)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichs Spiegel

(Vom 27. März bis 2. April)

Innere Politik

Der Abrüstungsgedanke — Polenpolitik — Delbrücks Standpunkt

Der Herr Reichskanzler hat am Donnerstag, den 30. März, im Reichstag eine Rede über Dinge der internationalen Politik gehalten, die in erfreulichem Gegensatz zu der weichen Art steht, mit der er nationale Fragen in der inneren Politik sonst zu behandeln pflegt. Herr v. Bethmann Hollweg hat in glücklicher Weise den Freunden der allgemeinen Abrüstung noch einmal die wichtigsten Gründe vorgehalten, die ihre Idee als eine Utopie erscheinen lassen. Den Anlaß zu seinen Ausführungen bildeten eine Resolution der Sozialdemokraten, die den Herrn Reichskanzler ersucht, „eine internationale Verständigung über die allgemeine Einschränkung der Rüstungen . . . herbeizuführen“ und eine später angenommene Resolution der Fortschrittlichen Volkspartei, die seitens der deutschen Regierung „Bereitwilligkeit“ fordert, „in gemeinsame Verhandlungen mit anderen Großmächten einzutreten, sobald von einer Großmacht Vorschläge über eine gleichzeitige und gleichmäßige Begrenzung der Rüstungsausgaben gemacht werden“. Herr v. Bethmann schloß seine Ausführungen: „Zur Friedfertigkeit gehört Stärke. Es gilt noch immer der alte Satz, daß der Schwache eine Beute des Stärkeren wird. Will oder kann ein Volk für seine Rüstung nicht mehr so viel ausgeben, daß es sich in der Welt durchsetzen kann, dann rückt es eben in das zweite Glied, dann sinkt es in die Rolle des Statisten zurück. Es wird immer ein anderer, ein Stärkerer da sein, der bereit ist, seinen Platz in der Welt einzunehmen. Wir Deutsche in unserer exponierten Lage sind vor allem darauf angewiesen, dieser rauhen Wirklichkeit unerschrocken ins Gesicht zu sehen. Nur dann werden wir uns den Frieden und unsere Existenz erhalten.“

Es wäre sehr zu wünschen, wenn der Herr Reichskanzler diesen Standpunkt auch in der inneren Politik zur Geltung bringen wollte, z. B. in der Behandlung der Polenfrage. Durch die deutschen Lande geht wegen der Weiterentwicklung der Ostmarkenpolitik eine tiefe Beunruhigung. Der preußische Minister des Innern hat am 28. März im Herrenhause ausgeführt, die Regierung werde das Enteignungsgesetz vom Jahre 1908 dann anwenden, wenn sie es für notwendig hielte; einstweilen läge kein Anlaß dazu vor. Die nationalen Parteien sind mit solcher Auskunft nicht zufrieden. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß der Augenblick zur Enteignung gekommen sei. Der Ostmarkenverein ruft seine Mitglieder zu Protesten auf, und die konservativen Parteien veröffentlichen entsprechende Resolutionen. Doch die Regierung rührt sich nicht. Unterdes zerfällt ein Werk, das vor noch gar nicht langer Zeit vom Regierungstische aus als allein wirksame Schutzwehr gegen den slawischen Einbruch bezeichnet wurde. Zahlreiche Beamte der Ansiedlungskommission werden entlassen, und die bleibenden ärgern ihre Mitmenschen mit kleinlichen Quängelien, weil sie sonst nichts zu tun haben. Der Landmangel

ist so groß, daß selbst Söhne von Ansiedlern, die in der Ostmark Land zu erwerben trachten, zur Abwanderung gezwungen werden, gar nicht zu reden von den hunderten Kauflustigen, die aus dem Westen kommend abgewiesen werden müssen. Warum wird das Ansiedlungswerk nicht fortgesetzt? Zwei Antworten gibt es darauf nur: entweder sieht die preußische Regierung in den Polen keine Gefahr mehr für den Bestand des Staates, oder sie erklärt den Zusammenbruch, das Fiasko des Siedlungswerkes. Hans Delbrück, der Berliner Historiker und Wortführer der Opposition gegen eine aktive Polenpolitik, erklärte das Ansiedlungswerk am 14. März d. Js. im Tag für bankrott. Eine Begründung für seine Auffassung gibt er aber nicht, sondern begnügt sich mit der Wiederholung seiner alten Anklagen gegen den „Palatismus“. Herr Delbrück hat auch sonst eine eigenartige Auffassung von den Zielen der deutschen Ostmarkenpolitik. „... Die ursprüngliche Idee war“, so schreibt er, „eine sich in mäßigen Grenzen haltende Verstärkung des Deutschtums. Das Gesetz stellte ja nicht mehr als hundert Millionen Mark zur Verfügung. Erst als man sah, daß damit nichts auszurichten war, wurde der Plan durch immer neue Bewilligungen erweitert, aber immer mit der Idee, daß einmal Schluß gemacht werde. Dieser Zeitpunkt ist jetzt in Aussicht, und die Enttäuschung besteht deshalb nicht sowohl darin, daß endlich das Ende erreicht ist, als darin, daß der ungeheure Aufwand nicht nur nichts genützt, sondern sogar dem Polentum mehr Vorteil gebracht hat als dem Deutschtum.“ Die letzte Behauptung entspricht nicht ganz den Tatsachen. Ich kenne die Ostmark aus eigener Anschauung seit mehr als zwanzig Jahren und habe den dem Delbrückschen entgegengesetzten Eindruck im Jahre 1908 in den Grenzboten ausführlich geschildert und begründet; ich habe auch die Ursachen erwähnt, weshalb eine Erstarkung des Polentums sich trotz dessen tatsächlichen Rückganges bemerkbar macht. Eine Stärkung des Polentums ist in Wirklichkeit nur eingetreten in den Städten, weil die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im engen Zusammenhange mit der deutschen Sozialpolitik und der polnischen Mäßigkeit und Sparsamkeit die Bildung eines städtischen Mittelstandes von unten herauf besonders begünstigt. Zugegeben sei auch, daß das Geld der Ansiedlungskommission die ange deutete Entwicklung noch befruchtet hat. Aber das Kolonisationswerk wird dadurch weder aufgehalten noch beeinträchtigt. Im Gegenteil, die gute wirtschaftliche Entwicklung der Städte sichert den Kolonisten kaufkräftige Abnehmer für ihre Erzeugnisse. Da aber die Städte der Ostmark zumeist ohne Industrie sind, also der Handel auf die landwirtschaftlichen Produkte angewiesen ist, so ist anzunehmen, daß die Städte sich um so schneller in deutsche Siedlungen umwandeln werden, je größer die Zahl der deutschen Produzenten wird. Dazu gehört aber Zeit und sorgfältige Ausnutzung aller sich bietenden Gelegenheiten. Nicht von der Kolonisation ablassen, sondern sie fördern mit allen der Regierung zur Verfügung gestellten Mitteln, das ist die Lehre, die wir aus der bisherigen Entwicklung des Ansiedlungswerkes ziehen.

Welche Gründe für die Regierung maßgebend sind, das Kolonisationswert im Stiche zu lassen, entzieht sich unserer Kenntnis. Anscheinend stehen wir wieder am Anfang einer Versöhnungsära, möglich ist aber auch, daß die Verlangsamung des Tempos in der Kolonisation einen Teil des allgemeinen Beruhigungsprogramms des Reichskanzlers bilden soll. Wie bekannt, will Herr v. Bethmann alles vermeiden, was irgendwie Unruhe ins Land tragen könnte. Dazu aber gehört auch die Anwendung des Enteignungsgesetzes. Ob das Ziel auf diesem Wege zu erreichen ist, darf füglich bezweifelt werden. Dagegen darf mit Sicherheit angenommen werden, daß das Vertrauen in die Regierung ebenso wie in die Parlamente erheblich leidet. Wenn man sich erinnert, mit welchem Aufwande von Kraft die preußische Regierung vor drei Jahren die Annahme des Enteignungsgesetzes im preußischen Herrenhause durchdrückte, wie damals die größten Leuchten der Wissenschaft angezündet wurden, um dem Volk die Bedeutung des Gesetzes recht klar zu machen, dann muß man man sich fragen, auf Grund welcher Erfahrungen das Gesetz heute schon nicht mehr notwendig sein soll. Die Unruhe verschwindet nicht nur nicht, sondern wird lediglich in weitere Kreise getragen. Wer die Errungenschaften der letzten Jahre nicht preisgeben will, wird sich notgedrungen noch fester als bisher an den Ostmarkenverein klammern und mit dessen Hilfe zu retten suchen, was noch zu retten ist.

G. Cl.

Bank und Geld

Generalversammlungen der Großbanken — Autokratie in Banken und Industrie — Neue Freundschaft zwischen Handelsgesellschaft und Dresdner Bank — Kaligesez und Überproduktion — Propagandagelder — Kohlsyndikat und Kohlenhandel — Braunkohlsyndikat — Spekulation in Kassa-Industriewerten

Der Monat März pflegt in den Generalversammlungen unserer Großbanken gewöhnlich den Epilog auf das vorangegangene Geschäftsjahr zu bringen. In der Regel ist freilich das Ergebnis der Verhandlungen nicht besonders reichhaltig. Die Aktionäre bleiben in der Mehrzahl fern, die Verwaltungen sind unter sich, und nur hier und da wird auf die Anfrage eines wißbegierigen Aktienbesitzers das eine oder andere Thema erörtert, über das die Verwaltung eine Erklärung abzugeben wünscht. Es handelt sich also bei diesen Anfragen meist um bestellte Arbeit. Von diesem üblichen Bild der Generalversammlungen lassen sich in diesem Jahre einige Abweichungen feststellen. Es sind auf ihnen Fragen angeschnitten worden, an deren Beantwortung auch die größere Öffentlichkeit ein erhebliches Interesse hat.

Daß die Verwaltung der Berliner Handelsgesellschaft wegen der Aufsehen erregenden Vorkommnisse des Geschäftsjahres — insbesondere wegen der Beteiligung der Bank am Konkurs der Niederdeutschen Bank und wegen des Zerwürfnisses mit dem Konzern Friedländer-Fuld — interpelliert werden würde, war vorauszusehen. Diese Interpellation ist tatsächlich erfolgt und zwar in einer so scharfen

Form, daß sie sich zu einem lebhaften Angriff gegen das autokratische System Fürstenbergs gestaltete. In der Sache hatte der Interpellant zweifelsohne recht. Daß in der Handelsgesellschaft das System einer unbeschränkten Autokratie herrscht, ist ein öffentliches Geheimnis. Auch bei anderen Gesellschaften, nicht nur bei Banken, kehrt die Erscheinung wieder, daß eine einzelne Persönlichkeit einen alles überwiegenden Einfluß besitzt. Die Stellung Rathenaus in der A. G. G., Gutmanns in der Dresdner Bank oder, — *si parva licet componere magnis*, — Sterns in der Nationalbank ist sicher nicht weniger selbstherrlich als die Fürstenbergs in der Handelsgesellschaft. Diese Erscheinung ist leicht erklärlich; es handelt sich um Männer von großer geschäftlicher Energie, denen das Hauptverdienst an dem Aufblühen der von ihnen geleiteten Unternehmungen zufällt. Kann es da wundernehmen, wenn solche Naturen bestrebt sind, die Zügel in der Hand zu behalten und sich ihre Mitarbeiter auch nach dem Gesichtspunkte auszuwählen, in ihnen gefügige, stets bereite Werkzeuge für die Durchsetzung ihrer Pläne zu sichern? Bleibt doch auf diese Weise nach außen hin das geschäftliche Renommee untrennbar mit ihrer Person verknüpft, während ihnen zugleich — allerdings nicht in breiter Öffentlichkeit — der Löwenanteil der Gewinnbeteiligung zufließt. Dieses System der Alleinherrschaft birgt große Gefahren in sich. Handelt es sich doch um Gesellschaften mit einem eigenen Kapital von mehreren hundert Millionen Mark und fremden Geldern, die das Vielfache dieser Summe darstellen. An der Leitung solcher Riesenbetriebe ist die Öffentlichkeit in höchstem Maße interessiert, und es geht nicht an, jene gleichsam auf zwei Augen zu stellen. Schon die Notwendigkeit, für einen Nachwuchs zu sorgen, müßte dazu führen, die Verwaltung zu einer wahrhaft kollegialen zu gestalten, womit freilich nicht gesagt werden soll, daß es notwendig immer die Söhne oder Vettern sein müssen, die diesen Nachwuchs bilden.

Diese geistige Verwandtschaft in der Leitung der Dresdner Bank und der Berliner Handelsgesellschaft mag das ihrige dazu beigetragen haben, zwischen den ehemals so feindlichen Brüdern neue Freundschaftsbande zu knüpfen. Zwar hat die Dresdner Bank, die dieserhalb auf ihrer Generalversammlung um nähere Auskunft angegangen war, sich hierüber nicht weiter ausgelassen. Daß indessen mehr als freundschaftliche Beziehungen angeknüpft worden sind, wird der Öffentlichkeit gegenüber schon ausreichend durch den Pakt über die Depositenklassen dargetan. Das Fiasco der Interessengemeinschaft Dresden-Schaaffhausen dürfte wohl verhindern, daß auch diese neue Freundschaft wieder förmlich mit Brief und Siegel versehen wird. Getrennt marschieren und vereint schlagen wird die Devise sein, und dies für die Dresdnerin um so mehr, als sie — durch die erfolgte Kapitalserhöhung der Diskontogesellschaft wieder an die dritte Stelle unter den Großbanken gerückt — ihr Ideal, es der Deutschen Bank — nach außen hin — gleichzutun, aus eigener Kraft nicht erreichen kann.

Die Diskontogesellschaft hatte wegen der Kritik, die sie in ihrem Geschäftsbericht an dem Kaligeseß geübt hatte, Rede und Antwort zu stehen. Die Bank

glaubt, die Wirkung dieses Gesetzes abfällig beurteilen zu müssen, weil sie indirekt zu einer Überproduktion führen müsse. An dieser Tatsache selbst ist insoweit nicht zu zweifeln, als zu den achtundsechzig Werken, die bei Inkrafttreten des Kalligesetzes vorhanden waren, nach Ablauf der Karenzzeit noch etwa hundertdreißig neue hinzutreten werden. Man wird sich aber erinnern, daß der ursprüngliche Gesetzesentwurf die Gefahr der Überproduktion beseitigen wollte und daß nur am Widerspruch der Parteien diese Absicht gescheitert ist. Nachdem nunmehr das Gesetz diese unvollkommene Gestalt erhalten hat, wird es sich also fragen, ob der Gefahr einer Überproduktion durch eine entsprechende Steigerung des Kallabsatzes begegnet werden kann. Die Meinungen hierüber sind geteilt; immerhin hat schon das letzte Jahr eine Steigerung der Ausfuhr um etwa 34 Millionen Mark — einschließlich der außersyndikatlichen Verkäufe — gebracht, und auch die ersten drei Monate des laufenden Jahres weisen eine weitere Zunahme auf. Die Exportmöglichkeit ist, da es sich um ein natürliches Monopol Deutschlands handelt, nahezu unbegrenzt, und es wird daher hauptsächlich von der Propaganda abhängen, ob unserer Kallindustrie neue Absatzgebiete in ausreichendem Maße erschlossen werden können. Die Aussichten hierfür sind günstige; gehört doch beispielsweise die Union, die am meisten Kallsalze aus Deutschland bezieht — etwa die Hälfte der Ausfuhrmenge —, noch zu den Ländern, deren relativer Verbrauch sehr gering ist und unter dem Durchschnitt steht. Die bedeutenden Summen, die das Kallsyndikat für die Propaganda ausgibt, werden und müssen daher ihre Früchte tragen. Bedauerlich ist nur, daß die Verwendung dieser Propagandagelder, eine rein wirtschaftliche Frage, kürzlich zum Gegenstand eines heftigen politischen Streites geworden ist. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, ob die Zuwendung von Propagandageldern an den Bund der Landwirte politisch klug war oder nicht. Kein Zweifel aber ist, daß die Agitation der extremen Linken, die sich veranlaßt sah, deshalb die ganze Maßregel dieser Propandagelder anzugreifen und mit dem Namen von Kall-Schmiergeldern zu belegen, weit über das Ziel hinausschoß.

Es hat kürzlich Aufsehen erregt, daß die Firma Stinnes einen erheblichen Teil des Berliner Kohlenhandels ihren Interessen dienstbar zu machen verstanden hat, indem sie eine Anzahl bisher selbständiger Firmen zu einer größeren Aktiengesellschaft vereinte. Dieser Versuch, auf einen überwiegenden Teil des Berliner Kohlenhandels die Hand zu legen, hängt mit dem zunehmenden Verbrauch der englischen Kohle in den deutschen Großstädten zusammen. Während nämlich der Anteil der rheinisch-westfälischen Kohlenproduktion an der Versorgung der Städte in ständiger Abnahme begriffen ist, zeigt der Verbrauch englischer Kohle rasch wachsende Ziffern. Schon erreicht der letztere die volle Höhe des anteiligen Absatzes der schlesischen Kohle — nämlich 17 Prozent —, während der Anteil des Kohlensyndikats auf 29 Prozent herabgegangen ist. Es ist also erklärlich, wenn die rheinisch-westfälische Kohlenindustrie sich bemüht, das verlorene Terrain wiederzugewinnen; sie beansprucht zu diesem Zwecke sogar

die Hilfe des Staates, indem sie Ausnahmetarife fordert, um der billigeren Wasserfracht der englischen Kohle die Spitze bieten zu können. Bisher hat der Staat sich diesen Wünschen abhold gezeigt, wie denn das Bestreben der Eisenbahnverwaltung nach möglichster Steigerung der Einnahmeüberschüsse entsprechende verkehrspolitischen Erleichterungen entgegensteht. Immerhin wäre zu wünschen, daß es gelänge, auf anderem Wege die Konkurrenz der englischen Kohle aus dem Felde zu schlagen und damit dem gegenwärtigen irrationellen Zustande abzuhelfen, der uns nötigt, nahezu eine Viertelmilliarde Mark für Kohlen an das Ausland abzuführen, während wir selbst einen großen und ständig wachsenden Teil unserer Kohlenproduktion zur Ausfuhr verwenden. Die Lösung dieser Frage ist schwierig, weil das Mittel nicht in einer Herabsetzung des Inlandspreises gesucht werden darf. Trotz aller Angriffe, die man gegen die Exportpolitik des Kohlen Syndikats gerichtet hat, muß man auf Grund der gemachten Erfahrungen den Gründen für die Aufrechterhaltung seines Systems beipflichten.

Die Erweiterung und Verlängerung des Niederlausitzer Brikkettensyndikats, das nunmehr die gesamte Niederlausitzer Brikkettindustrie umfaßt, bedeutet einen vielversprechenden Anfang für die Syndizierung des ganzen deutschen Braunkohlen-Brikkettmarktes. Allerdings wird es zunächst darauf ankommen, ob es gelingt, das im Jahre 1914 ablaufende mitteldeutsche Braunkohlensyndikat zu verlängern und zu erweitern. Hier werden sich, soweit es den Anschluß von Dutzidern angeht, noch sehr erhebliche Schwierigkeiten herausstellen; werden diese aber überwunden, so steht eine Abgrenzung der Interessengebiete unter den verschiedenen Syndikaten wohl in sicherer Aussicht. Dies ist von um so größerer Bedeutung, als die deutsche Braunkohlenindustrie sich in einem lebhaften Aufschwung befindet, welcher prozentual die Zunahme der Steinkohlenproduktion noch übersteigt.

Obwohl an der Börse sich in letzterer Zeit bemerkenswertere Tendenzverschiebungen nicht vollzogen haben, so verdient es doch Aufmerksamkeit, daß

Bücherliste

Luckenbach, Dr. G.: Kunst und Geschichte. Kleine Ausgabe. München, R. Oldenbourg. M. 2.60.

Ein Bilderatlas mit 350 Abbildungen aus der Kunst aller Zeiten und ausführlichem Text unter jeder Abbildung und 8 farbigen Tafeln. Der Verfasser ist Gymnasialdirektor und wendet sich an die Jugend. Dementsprechend widmet er den größten Teil aller Abbildungen der griechisch-römischen Kunst sowie der Kunst Deutschlands. Die Wahl der Abbildungen ist eine recht glückliche und der Text trotz seiner Kürze leicht verständlich und das Wesen einer jeden Epoche klar erfassend. Beim praktischen Gebrauche in Schulen müßten die etwas vernachlässigten Zeitabschnitte und Länder — italienische Renaissance, Spanien, Frankreich, moderne Kunst — vom Lehrer weiter ausgebaut werden, um zu verhindern, daß der Schüler eine falsche Wertschätzung fremder Kunst zumunsten der deutschen gewinnt. Von den farbigen Tafeln ist besonders die Abbildung des Gemäldes von Jügel vorzüglich gelungen.

Baber, Karl: Hessische Sagen. 1. Reihe: Auswahl aus F. W. Wolfs Sammlung. (Hessische Volksbücher, Band 2.) Darmstadt, H. A. Schlapp.

Diehl, Wilhelm: Bilder aus der hessischen Vergangenheit. (Hessische Volksbücher, Band 3.) Darmstadt, H. A. Schlapp.

Gersmeyer, Geh. Ober-Regierungsrat, und Köbner, Dr., Wirkl. Admiralkitätsrat: Die deutsche Kolonial-Geseggebung. Berlin, Ernst S. Mittler & Sohn. M. 15.—

Engert, Dr. Th.: Die Sünden der Päpste im Spiegel der Geschichte. 2. Band. Leipzig, Krüger & Co. M. 3.—

Aus Natur und Geisteswelt. Pompeji, von F. v. Duhn. 2. Aufl. Nr. 114. Leipzig, W. G. Teubner. M. 1.—

Deutsche Baukunst seit dem Mittelalter bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts von A. Matthaei. Griechische Weltanschauung von M. Buntt. Der Mensch der Urzeit. 2. Aufl. von A. Heilborn. Schulkämpfe der Gegenwart. 2. Aufl. von F. Lews. Moderne Erziehung in Haus und Schule von F. Lews. Großstadtpädagogik von F. Lews. Ritterromantik von B. Bedel.

Geller, Dr. jur. Franz: Deutsches Kolonialbeamtenrecht. Tübingen, J. C. B. Mohr. M. 2.—

anscheinend das Privatpublikum in wachsendem Maße sich der Spekulation in Kassaindustriewerten zuwendet. Die sich hieraus ergebende Nachfrage hat bei der Eigentümlichkeit des Kassamarktes die Folge, daß sehr beträchtliche Kurssteigerungen in einzelnen Werten zu verzeichnen sind, die einer ausreichenden Grundlage entbehren. Dies ist insbesondere bei den Aktien von Maschinenfabriken und anderen Unternehmungen der Metallindustrie zu beobachten, wobei sicherlich der Umstand nicht ohne Einfluß war, daß einzelne dieser Gesellschaften, dem großen Publikum unerwartet, zu Kapitalserhöhungen schritten, die für die Aktionäre ungewöhnlich wertvolle Bezugsrechte zur Folge hatten, so bei Adler-Fahrradwerken und Kronprinz Metall. Begünstigt wird diese Spekulation durch den augenblicklich leichten Geldstand und die damit stets verknüpfte Bereitwilligkeit der Banken, für ihre Kunden in Vorlage zu treten. Man tut aber gut, sich vor Augen zu halten, daß spekulative Käufe bei derart gesteigerten Kursen ein erhebliches Risiko in sich bergen und daß schon eine leichte Versteifung des Geldmarktes genügt, eine zwangsweise Liquidation der in schwachen Händen befindlichen Engagements einzuleiten, ein Prozeß, der in der Regel mit beträchtlichem Verlust für den Verkäufer endet. Spectator

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Geinow-Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung-Schöneberg. — Manuskriptsendungen und Briefe werden ausschließlich an die Adresse der Schriftleitung Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23, erbeten. — Sprechstunden der Schriftleitung: Montags 10—12 Uhr, Donnerstags 11—1 und 1/24—1/26 Uhr. — Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Soeben erscheint in unserm Verlage:

Botscharow

der Großkaufmann

Aus einer russischen Kleinstadt

Von Alexander Andreas

Preis M. 4.— geheftet, M. 5.— gebunden in Leinen

Unsre Leser werden in Herrn Botscharow einen alten Bekannten erkennen: er ist der „Vertreter der kaufmännischen Nation“, den sie sicher mit vielem Vergnügen in dem kürzlich in den Grenzboten erschienenen Roman „Im Flecken“ geschildert fanden. **Botscharow der Großkaufmann** ist die Buchausgabe von **Im Flecken**, allerdings etwas erweitert und mit einem neuen Schlußkapitel.

Das Buch bildet in seiner eleganten Ausstattung einen vornehmen Geschenkartikel. Bestellungen vermitteln alle Buchhandlungen.

Berlin SW. 11, Anfang April 1911
Bernburger Str. 22a/23

Verlag der Grenzboten
G. m. b. H.

Für vorstehende Inserate verantwortlich: Karl Schulze in Berlin-Schmargendorf.
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 37.